



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 2. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Mittwoch, den 12. März 2008, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Roland Stark, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

12. März 2008, 09:00 Uhr *Peter Malama (FDP), Ruth Widmer (SP).*

12. März 2008, 15:00 Uhr *Hermann Amstad (SP), Lukas Engelberger (CVP), Peter Malama (FDP),  
Markus G. Ritter (FDP), Ruth Widmer (SP).*

**Verhandlungsgegenstände:**

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	4
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1675).	4
4.	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Hansjörg M. Wirz).	5
5.	Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Peter Zinkernagel).	5
6.	Wahl eines Mitglieds der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität (Nachfolge Sibylle Benz Hübner).	6
7.	Wahl eines Mitglieds des Districtsrats (Nachfolge Hansjörg M. Wirz).	6
8.	Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative).	6
9.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission und Mitbericht der Finanzkommission zum Ratschlag Nr. 06.0179.01 betreffend Messezentrum Basel 2012.	6
10.	Neue Interpellationen.	10

11.	Antrag Elisabeth Ackermann und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung eines Pfands auf alle Getränkeflaschen (Glas und PET) und Getränkedosen.	11
12.	Motionen 1 - 3.	12
13.	Anzüge 1 - 9.	13
14.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer".	15
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 3 Michael Wüthrich betreffend das willkürliche "in Polizeigewahrsam nehmen" von teilweise minderjährigen Personen und Tramfahrgästen in der Basler Innenstadt am 26. Januar 2008.	15
16.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Toni Casagrande und Konsorten betreffend Ergänzung des § 63 Polizeigesetz.	16
17.	Beantwortung der Interpellation Nr. 2 Martin Lüchinger betreffend das weitere Vorgehen bei der Entwicklung des Kasernenareals.	16
18.	Beantwortung der Interpellation Nr. 5 Gabriele Stutz-Kilcher betreffend Fussgänger und Behinderten gerechte Gestaltung der Herbergsgasse als Hauptverbindung zwischen dem City Parking und der unteren Innenstadt.	16
19.	Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Brigitta Gerber betreffend Änderung des Linien- und Erschliessungsplans (Verkehrsflächenänderung) bezüglich der Verkehrsverbindung Basel-Huningue.	17
20.	Beantwortung der Interpellation Nr. 7 Lukas Engelberger betreffend Zukunft des DRS Radiostudios in Basel.	17
21.	Beantwortung der Interpellation Nr. 8 Urs Müller-Walz betreffend SGR idée suisse bald nur noch in Zürich ?	17
22.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Alexander Gröflin und Konsorten zur Erhöhung der Steuerfreibeträge bei der Vermögenssteuer.	18
23.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Handänderungssteuer von Wohngenossenschaften.	18
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Anreize für Staatsangestellte zur Wohnsitznahme in Basel-Stadt.	18
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	20
	Anhang B: Neue Vorstösse	22

## **1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.**

[12.03.08 09:05:09, MGT]

### **Mitteilungen**

*Roland Stark, Grossratspräsident:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

### **Nachruf**

Gestern Abend ist überraschend der langjährige Redaktor der Basler Zeitung und Berichterstatter aus dem Grossen Rat, Urs Hobi, gestorben. Urs Hobi hat unsern Rat lange begleitet. Viele haben sich über ihn gefreut, einige mögen sich dann und wann auch geärgert haben. Wir sprechen seiner Frau und seiner Familie das Beileid des Grossen Rates aus. *[Der Rat erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen]*

### **Neues Ratsmitglied**

Ich habe die Freude, Bruno Jagher (SVP) anstelle der zurückgetretenen Desirée Braun als neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen und bitte den Angesprochenen, sich kurz von seinem Sitz zu erheben.

Ich wünsche Bruno Jagher für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen. *[Applaus]*

### **Rücktritte**

Isabel Koellreuter hat ihren Rücktritt als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. März 2008 erklärt. Isabel Koellreuter wird sich beruflich für längere Zeit ins Ausland begeben und deshalb ihr Mandat im Rat nicht mehr ausüben können. Sie trat im Januar 2006 in den Rat ein und gehörte der Bildungs- und Kulturkommission an. Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat als Grossrätin geleisteten Dienste und wünsche Ihr alles Gute.

### **Neue Interpellationen**

Es sind 8 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 10, 12 und 13 werden mündlich beantwortet. Die Interpellationen 12 und 13 werden vom Vorsteher des Erziehungsdepartements gemeinsam beantwortet.

### **Stadtbuch 2007**

Im Vorzimmer liegt für jedes Mitglied des Grossen Rates je ein Exemplar des Stadtbuches 2007. Ich danke der Christoph-Merian-Stiftung sehr herzlich für die Überlassung dieser Gratisexemplare an die Mitglieder des Parlamentes.

### **Gratulationen**

Stephan Maurer feierte dieser Tage einen markanten runden Geburtstag. Wir gratulieren ihm herzlich. Er lädt uns dafür heute Vormittag zum Kaffee ein. *[Applaus]*.

Beat Jans wurde Vater einer Tochter namens Mia. Auch ihm gratulieren wir herzlich. Er spendiert den Kaffee heute Nachmittag. *[Applaus]*.

### **Bildaufnahmen**

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

### Schriftliche Interpellationsbeantwortungen

Aufgrund eines Versehens der Staatskanzlei konnten die im Februar eingereichten und vom Regierungsrat schriftlich beantworteten Interpellationen erst gestern Dienstag im Regierungsrat verabschiedet werden. Die schriftlichen Beantwortungen wurden den Interpellierenden umgehend zugestellt und liegen heute auf. Es betrifft dies die Interpellationen 2, 5, 9, 7 und 8 (Traktanden 17 - 21).

### Tagesordnung

*Roland Stark, Grossratspräsident:* ich beabsichtige, heute die Traktandenliste soweit als möglich abzuarbeiten und nötigenfalls dazu auch eine Nachtsitzung durchzuführen, in der Meinung, dass wir dann gegebenenfalls auf die Sitzung vom nächsten Mittwoch ganz verzichten können.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[12.03.08 09:12:20, ENG]

### Zuweisungen

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Nachrücken von Bruno Jagher als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Désirée Braun). (08.5047.02)
- Rücktritt von Isabel Koellreuter als Mitglied des Grossen Rates. (auf den Tisch des Hauses) (08.5077.01)
- Rücktritt von Tommy Frey als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission (auf den Tisch des Hauses). (08.5078.01)

## 3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1675).

[12.03.08 09:12:47, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1675 abzuweisen.

Gemäss § 20 Abs. 2 des Gesetzes über Strafvollzug und Begnadigung ist für Beschlüsse über Begnadigungen die Teilnahme von 80 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 110 zu 1 Stimmen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und das Gesuch Nr. 1675 abzuweisen.

**4. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Hansjörg M. Wirz).**

[12.03.08 09:18:35, 08.5045.01, WA1]

Die DSP-Fraktion nominiert Patricia von Falkenstein (LDP) als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission.

Die Fraktion Grünes Bündnis nominiert Heidi Mück (Grünes Bündnis).

*Roland Stark, Grossratspräsident:* Da bei diesem Traktandum mehrere Wahlvorschläge vorliegen, findet die Wahl geheim statt. Wählbar sind alle 116 Ratsmitglieder, welche nicht bereits der BKK angehören.

Als Wahlbüro schlage ich Ihnen vor: Beat Jans (SP) als Leiter des Wahlbüros, Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis) für die Sektoren I und V, Rolf Jucker (FDP), Sektor II, Stephan Gassmann (CVP), Sektor III und Claude Beranek (LDP) für den Sektor IV.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, während der Auszählung der Stimmen in der Tagesordnung fortzufahren.

**Wahlergebnis** [12.03.2008 09:42:20]

Ergebnis I. Wahlgang

Ausgeteilte Wahlzettel	125
Eingegangene Wahlzettel	125
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	125
Absolutes Mehr	63

**Gewählt ist:**

<b>Patricia von Falkenstein</b>	mit 83 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Heidi Mück	26
Vereinzelte	2
Leere Stimmen	14

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**5. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Peter Zinkernagel).**

[12.03.08 09:24:21, 08.5040.01, WAH]

Die LDP-Fraktion nominiert Thomas Strahm (LDP) als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Wahlen in den Traktanden 5 - 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig **Thomas Strahm** als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**6. Wahl eines Mitglieds der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität (Nachfolge Sibylle Benz Hübner).**

[12.03.08 09:25:24, 07.5356.01, WAH]

Die Finanzkommission nominiert Hans Baumgartner (SP) als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig **Hans Baumgartner** als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**7. Wahl eines Mitglieds des Districtsrats (Nachfolge Hansjörg M. Wirz).**

[12.03.08 09:25:53, 08.5008.01, WAH]

Die Regiokommission nominiert Heinrich Ueberwasser (EVP) als Mitglied des Districtsrats.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig bei einer Enthaltung **Heinrich Ueberwasser** als Mitglied des Districtsrats für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**8. Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative).**

[12.03.08 09:26:21, JD, 07.1399.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Initiative für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative) (07.1399) als **rechtlich zulässig** zu erklären.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die mit 3'150 Unterschriften zustande gekommene Initiative für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**9. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission und Mitbericht der Finanzkommission zum Ratschlag Nr. 06.0179.01 betreffend Messezentrum Basel 2012.**

[12.03.08 09:27:03, BRK / FKom, WSD, 06.0179.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 06.0179.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Die Finanzkommission beantragt ebenfalls, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen. Ein von der FKom gestellter Ergänzungsantrag wurde bereits in den Beschlussesentwurf der BRK integriert.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Heinrich Ueberwasser (EVP); Oswald Inglin (CVP); Hans Rudolf Lüthi (DSP)*

*Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis):* beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Peter Zinkernagel (LDP); Markus G. Ritter (FDP)*

**Zwischenfrage**

von Beat Jans (SP).

Voten: *Roland Lindner (SVP); Tobit Schäfer (SP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Oskar Herzig (SVP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Urs Joerg (EVP); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis); Thomas Mall (LDP); Jörg Vitelli (SP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP); Brigitta Gerber (Grünes Bündnis); Michael Martig (SP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen bei 16 Enthaltungen, den Rückweisungsantrag von Patrizia Bernasconi **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress (*keine Wortmeldungen*)

I. Zonenänderung (*keine Wortmeldungen*)

II. Festsetzung eines Bebauungsplans, Verbindlicherklärung, Bauvorschriften lit. a - k., Auflagen lit. a-c, Kompetenzdelegation an das zuständige Departement für geringfügige Abweichungen vom Bebauungsplan. (*keine Wortmeldungen*)

III. Aufhebung anderer Erlasse (*keine Wortmeldungen*)

IV. Linienplan (*keine Wortmeldungen*)

V. Inanspruchnahme von Allmend (*keine Wortmeldungen*)

VI. Baurecht (*keine Wortmeldungen*)

VII. Abweisung der Einsprachen (*keine Wortmeldungen*)

VIII. Finanzierungsbeiträge Ziff. 1 - 6 (*keine Wortmeldungen*)

**Antrag**

Die SVP Fraktion **beantragt**, nach VIII. folgenden Beschlussabschnitt einzufügen:

IX. Sicherung der Herbstmesse

1. Die Daten zur Durchführung der traditionellen Basler Herbstmesse müssen eingehalten werden.
2. Während der Durchführung der Basler Herbstmesse muss der Zugang des Messeplatzes für die Besucher via Clarastrasse gewährleistet sein.
3. Es sind adäquate Ersatzflächen, Hallen zur Verfügung zu stellen, während der Bauphase sowie später. Ohne Folge einer Gebührenerhöhung für die Teilnehmer.

Römisch IX. wird zu Römisch X. (Publikation und Referendum)

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Antrag der SVP Fraktion **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Fortsetzung: IX. Publikation und Referendums Klausel (obligatorisches Referendum) (*keine Wortmeldungen*)

Rechtsmittelbelehrung (*keine Wortmeldungen*)



**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen bei 23 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung gemäss dem vorgelegten Beschlussesentwurf:

I. Zonenänderung

II. Festsetzung eines Bebauungsplans, Verbindlicherklärung, Bauvorschriften lit. a - k., Auflagen lit. a-c, Kompetenzdelegation an das zuständige Departement für geringfügige Abweichungen vom Bebauungsplan.

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Linienplan

V. Inanspruchnahme von Allmend

VI. Baurecht

VII. Abweisung der Einsprachen

VIII. Finanzierungsbeiträge Ziff. 1 - 6

IX. Publikation und Referendums Klausel (obligatorisches Referendum)

Rechtsmittelbelehrung

Dieser Beschluss ist zu publizieren, er wird der Volksabstimmung unterstellt.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 21 vom 15. März 2008 publiziert.

**Sitzungsunterbruch**

12:07 Uhr

---

**Wiederbeginn der Sitzung**

Mittwoch, 12. März 2008, 15:00 Uhr

**10. Neue Interpellationen.**

[12.03.08 15:04:42]

**Interpellation Nr. 10 Gabriele Stutz-Kilcher Gefährliche Körperverletzung: Durch die Regierung des Kantons Basel-Stadt zu dulden?**

[12.03.08 15:04:43, ED, 08.5050.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Gabriele Stutz-Kilcher (CVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Gabriele Stutz-Kilcher (CVP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5050 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 11 Greta Schindler Gibt es eine Chancengleichheit bei der Prämienverteilung in der kantonalen Verwaltung?**

[12.03.08 15:14:24, FD, 08.5051.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 12 Roland Vögli betreffend Ausrottung des Baseldytsch - quo vadis Baseldytsch?**

[12.03.08 15:14:36, ED, 08.5068.01, NIM]

**Interpellation Nr. 13 Remo Gallacchi betreffend Projekt "Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten" und Standardsprache in den Kindergärten und Primarschulen.**

[12.03.08 15:14:37, ED, 08.5069.01, NIM]

Diese Interpellationen werden vom Regierungsrat sofort mündlich und gemeinsam beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Roland Vögli (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Voten: *Remo Gallacchi (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5068 ist **erledigt**.

Die Interpellation 08.5069 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 14 Heinrich Ueberwasser betreffend Wasser an der Euro 08: Gratis Trinkwasser für alle! - oder doch nicht?**

[12.03.08 15:23:20, ED, 08.5070.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Heinrich Ueberwasser (EVP)*

**Interpellation Nr. 15 Giovanni Nanni betreffend Umwandlung des "Braunen Mutz" in ein Fast Food Restaurant.**

[12.03.08 15:25:49, WSD, 08.5073.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 16 Loretta Müller betreffend "Nackt auf dem Polizeiposten".**

[12.03.08 15:26:01, SiD, 08.5076.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Loretta Müller (Grünes Bündnis)*

**Interpellation Nr. 17 Andreas Burckhardt betreffend Vermietung von Unterkünften während Messen und der EURO 08.**

[12.03.08 15:27:26, FD, 08.5079.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**11. Antrag Elisabeth Ackermann und Consorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung eines Pfands auf alle Getränkeflaschen (Glas und PET) und Getränkedosen.**

[12.03.08 15:27:43, BD, 08.5034.01, NAT]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 08.5034 entgegenzunehmen.

*Emmanuel Ullmann (FDP):* beantragt Nichtüberweisung.

**Zwischenfrage**

von Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis).

Voten: *Rolf Janz (SVP); Conradin Cramer (LDP); Beat Jans (SP)*

**Zwischenfrage**

von Conradin Cramer (LDP).

Voten: *Talha Ugur Camlibel (Grünes Bündnis)*; *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*; *Christoph Wydler (EVP)*; *Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 73 gegen 44 Stimmen, den Antrag 08.5034 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**12. Motionen 1 - 3.**

[12.03.08 15:57:10]

**1. Motion Isabel Koellreuter und Konsorten betreffend die Vertretung von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Inspektionen.**

[12.03.08 15:57:10, ED, 08.5015.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 08.5015 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Felix Meier (SVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Franziska Reinhard (SP)*; *Isabel Koellreuter (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 75 gegen 15 Stimmen, die Motion 08.5015 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**2. Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Festlegung von Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand.**

[12.03.08 16:04:37, BD, 08.5021.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 08.5021 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 08.5021 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**3. Motion Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend wirkungsvoller Jugendschutz im Bereich des Alkoholkonsums und regionale Zusammenarbeit.**

[12.03.08 16:04:50, GD, 08.5033.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 08.5033 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Remo Gallacchi (CVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Baschi Dürr (FDP)*; *Martina Saner (SP)*; *Annemarie Pfeifer (EVP)*

**Zwischenfragen**

von Andreas Burckhardt (LDP) und Baschi Dürr (FDP).

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 33 gegen 24 Stimmen bei 7 Enthaltungen, die Motion 08.5033 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**13. Anzüge 1 - 9.**

[12.03.08 16:18:42]

**1. Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Busverbindung Riehen - Inzlingen.**

[12.03.08 16:18:42, WSD, 08.5016.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5016 entgegenzunehmen.

*Eduard Rutschmann (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 55 gegen 14 Stimmen, den Anzug 08.5016 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**2. Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend einem Masterplan für den Badischen Bahnhof.**

[12.03.08 16:24:53, WSD, 08.5019.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5019 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug 08.5019 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**3. Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend Ausbau der Bushaltestellen am Bahnhof SBB.**

[12.03.08 16:25:06, WSD, 08.5020.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5020 entgegenzunehmen.

*Alexander Gröflin (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Stephan Maurer (DSP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen, den Anzug 08.5020 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**4. Anzug Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Zugänglichkeit zur neuen Rheinuferpromenade St. Johann.**

[12.03.08 16:30:58, BD, 08.5022.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5022 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug 08.5022 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**5. Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend S-Bahnstation Morgartenring-Allschwil.**

[12.03.08 16:31:12, WSD, 08.5023.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5023 entgegenzunehmen.

*Tommy E. Frey (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christian Egeler (FDP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, den Anzug 08.5023 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**6. Anzug Isabel Koellreuter und Konsorten betreffend neue Basler Kantonsgeschichte.**

[12.03.08 16:35:09, ED, 08.5029.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5029 entgegenzunehmen.

*Andreas Ungricht (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Oswald Inglin (CVP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Greta Schindler (SP); Andreas Burckhardt (LDP); Isabel Koellreuter (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen, den Anzug 08.5029 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**7. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Förderung von familienfreundlichem Wohnungsbau.**

[12.03.08 16:44:02, FD, 08.5032.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5032 entgegenzunehmen.

*Christine Locher-Hoch (FDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Michael Martig (SP)*; *Rolf von Aarburg (CVP)*; *Annemarie Pfeifer (EVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 23 Stimmen, den Anzug 08.5032 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**8. Anzug Ernst Jost und Konsorten für den Fussgängerzugang von der Margarethenbrücke zu den Perrons des Bahnhofs SBB.**

[12.03.08 16:51:06, WSD, 08.5035.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5035 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug 08.5035 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**9. Anzug Ernst Jost und Konsorten betreffend Anbindung des Bahnhofs SBB an die Innenstadt.**

[12.03.08 16:51:23, BD, 08.5036.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5036 entgegenzunehmen.

*Eduard Rutschmann (SVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christian Egeler (FDP)*; *Ernst Jost (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 21 Stimmen, den Anzug 08.5036 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer".**

[12.03.08 16:57:42, PetKo, 07.5209.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P242 (07.5209) zur Stellungnahme innert einem Jahr an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition P242 (07.5209) zur Stellungnahme innert einem Jahr an den Regierungsrat zu **überweisen**.

**15. Beantwortung der Interpellation Nr. 3 Michael Wüthrich betreffend das willkürliche “in Polizeigewahrsam nehmen” von teilweise minderjährigen Personen und Tramfahrgästen in der Basler Innenstadt am 26. Januar 2008.**

[12.03.08 17:01:59, SiD, 08.5038.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5038 ist **erledigt**.

**16. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Toni Casagrande und Konsorten betreffend Ergänzung des § 63 Polizeigesetz.**

[12.03.08 17:07:27, SiD, 07.5248.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 07.5248 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

*Toni Casagrande (SVP)*: beantragt die Überweisung als Motion.

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, die Motion 07.5248 in einen Anzug umzuwandeln.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen, den **Anzug 07.5248** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**17. Beantwortung der Interpellation Nr. 2 Martin Lüchinger betreffend das weitere Vorgehen bei der Entwicklung des Kasernenareals.**

[12.03.08 17:16:13, BD, 08.5031.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Martin Lüchinger (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5031 ist **erledigt**.



**18. Beantwortung der Interpellation Nr. 5 Gabriele Stutz-Kilcher betreffend Fussgänger und Behinderten gerechte Gestaltung der Herbergsgasse als Hauptverbindung zwischen dem City Parking und der unteren Innenstadt.**

[12.03.08 17:19:22, BD, 08.5042.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Gabriele Stutz-Kilcher (CVP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5042 ist **erledigt**.

**19. Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Brigitta Gerber betreffend Änderung des Linien- und Erschliessungsplans (Verkehrsflächenänderung) bezüglich der Verkehrsverbindung Basel-Huningue.**

[12.03.08 17:20:02, BD, 08.5049.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 08.5049 ist **erledigt**.

**20. Beantwortung der Interpellation Nr. 7 Lukas Engelberger betreffend Zukunft des DRS Radiostudios in Basel.**

[12.03.08 17:25:01, WSD, 08.5044.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 08.5044 ist **erledigt**.

**21. Beantwortung der Interpellation Nr. 8 Urs Müller-Walz betreffend SGR idée suisse bald nur noch in Zürich ?**

[12.03.08 17:25:14, WSD, 08.5048.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5048 ist **erledigt**.

## 22. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Alexander Gröflin und Konsorten zur Erhöhung der Steuerfreibeträge bei der Vermögenssteuer.

[12.03.08 17:27:50, FD, 07.5261.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 07.5261 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *Christophe Haller (FDP); Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis); Conradin Cramer (LDP); Beat Jans (SP); Helmut Hersberger (FDP)*

### Zwischenfrage

von Beat Jans (SP).

*Andreas Burckhardt (LDP)*: beantragt Überweisung **als Anzug**.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 43 gegen 40 Stimmen, die Motion 07.5261 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 62 gegen 53 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 07.5261 ist **erledigt**.

## 23. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Handänderungssteuer von Wohngenossenschaften.

[12.03.08 17:50:45, FD, 07.5263.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 07.5263 zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

*Andreas Burckhardt (LDP)*: beantragt aus formellen Gründen, die Motion nicht zu überweisen.

*Roland Stark, Grossratspräsident*: weist darauf hin, dass § 36 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung auf die Stellungnahmen des Regierungsrates zu Motionen nicht anwendbar ist.

*Andreas Burckhardt (LDP)*: zieht den Antrag zurück.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 07.5263 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

**24. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Anreize für Staatsangestellte zur Wohnsitznahme in Basel-Stadt.**

[12.03.08 17:54:04, FD, 05.8484.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 05.8484 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

**Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Christine Heuss betreffend Rechtsabbiegemöglichkeit in den Hechtliacker (08.5071.01).
- Schriftliche Anfrage Jürg Meyer betreffend Notwohnungen im Kantons Basel-Stadt (08.5072.01).
- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend gefährlicher Fussgängerstreifen Grenzacherstrasse (08.5082.01).
- Schriftliche Anfrage Brigitte Heilbronner betreffend Zulassung von Jet-Skis auf Schweizer Gewässern (08.5084.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Die nachfolgenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 9. / 16. April 2008 vorgetragen:

- Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mustafa Atici und Konsorten betreffend Einführung von Vorkindergärten in Basel-Stadt. (ED, 07.5260.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Einrichtung eines Tagesbetreuungsrats. (ED, 05.8426.02)

Schluss der Sitzung: 17:55 Uhr

Basel, 12. März 2008

Roland Stark  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

### Direkt auf die Tagesordnung kommen

	Komm.	Dep.	Dokument
1. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission und Mitbericht der Finanzkommission zum Ratschlag Nr. 06.0179.01 betreffend Messezentrum Basel 2012.	<b>BRK/ FKom</b>	WSD	06.0179.02

### Überweisung an Kommissionen

2. Petition P248 für eine Neugestaltung der Basler Innenstadt.	<b>PetKo</b>		08.5028.01
3. Ratschlag betreffend Bewilligung von Ausgaben für Stipendien an Nachwuchskräfte aus Entwicklungsländern.	<b>BKK</b>		08.0069.01
4. Ratschlag betreffend öffentliche Gebäude. Begehr- und Nutzbarmachung für Menschen mit einer Behinderung.	<b>BRK</b>		04.0704.01

### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

5. Motion Michael Wüthrich und Konsorten für die Einführung gesetzlicher Grundlagen über geographische Daten und Informationssysteme in der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt und der Datenabgabe			08.5058.01
6. Anzüge:			
a) Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Schaffung einer "Jugendpolizei" zur Gewaltprävention			08.5053.01
b) Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Safer Clubbing in Basel			08.5054.01
c) Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend kostenloses Deponieren von Armeewaffen im Zeughaus			08.5055.01
d) Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Lohngleichheit zwischen Mann und Frau			08.5056.01
e) Martina Saner und Konsorten zur Umsetzung der 5. IV Revision im Kanton Basel-Stadt, Regierungsrätliche Begleitung			08.5059.01
f) Rolf Stürm und Konsorten betreffend bikantonale Koordination und mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt, insbesondere für das Universitätsspital Basel (USB)			08.5063.01
g) Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Öffnung des Birsigs bis zum Barfüsserplatz			08.5060.01
h) Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Schienenstück IWB Kurve im Zusammenhang mit der Tramverbindung Margarethenstich			08.5061.01
i) Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Schaffung günstiger und legaler Plakatstellen für regionale Kulturveranstalter			08.5062.01
j) Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend bezahlter Jugendurlaub für Jugendliche in Ausbildung			08.5065.01
k) Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend ein langfristiges Konzept für die St. Jakobshalle			08.5066.01
l) Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend optimale Streckenführung der deutschen Buslinie 16 in Riehen			08.5067.01
7. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JD	08.0214.01
8. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Martina Saner und Konsorten betreffend Übersicht und Massnahmeplanung zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit sowie betreffend Reduktion der Sozialhilfeabhängigkeit von jungen Erwachsenen.		WSD	05.8419.02/ 06.5156.02
9. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Erhöhung des Subventionsbeitrags zum U-Abo.		WSD	06.5381.02

- |     |                                                                                                                                                                          |    |            |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|------------|
| 10. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Life-Science-Standort stärken - die Hochschulen in der Region verbessern.                  | ED | 05.8454.02 |
| 11. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Fabienne Vulliamoz und Konsorten betreffend Branchenanalyse zur Kultur und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Stadt Basel. | ED | 05.8349.02 |
| 12. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Erweiterung der Begegnungszone um den Falkensteinerpark.                            | BD | 06.5053.02 |
| 13. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Sanierung der Kreuzung Bettingerstrasse - Grenzacherweg.                              | BD | 06.5045.02 |
| 14. | Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Schutz vor Passivrauchen".                                                                      | JD | 07.1296.01 |

**Kenntnisnahmen**

- |     |                                                                                           |  |            |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------|--|------------|
| 15. | Nachrücken von Bruno Jagher als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Désirée Braun). |  | 08.5047.02 |
| 16. | Rücktritt von Isabel Koellreuter als Mitglied des Grossen Rates.                          |  | 08.5077.01 |
| 17. | Rücktritt von Tommy Frey als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission.                    |  | 08.5078.01 |

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Motion

- a) **Motion für die Einführung gesetzlicher Grundlagen über geographische Daten und Informationssysteme in der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt und der Datenabgabe** (vom 12. März 2008)

08.5058.01

Die Bedeutung raumbezogener Daten ist in der modernen Informationsgesellschaft sehr wichtig. Heute werden raumbezogene Daten durch zahlreiche Dienststellen des Kantons erarbeitet, verwaltet, nachgeführt und genutzt. Die Fachstelle für Geoinformation bietet zusammen mit anderen Beteiligten Zugang zu den öffentlichen Geoinformationen des Kantons Basel-Stadt. So existieren beispielsweise

- Detailliertes 3D-Modell sämtlicher Gebäude des Kantons Basel-Stadt
- Diverse Kataster (Leitungen, Bäume, etc)
- Amtliche Vermessung
- Zonenpläne, historische Pläne
- Hochaufgelöste Orthofotos und Satellitenaufnahmen
- Etc. ... vollständige Kurzliste unter: [www.geo-bs.ch](http://www.geo-bs.ch) (Datenkatalog)

Der Kanton Basel-Stadt kennt nur für die Daten der Amtlichen Vermessung gesetzliche Grundlagen für die Datenabgabe. Andere Kantone wie beispielsweise der Kanton Solothurn haben bereits umfassende gesetzliche Grundlagen für die Datenabgabe eingeführt und damit innerhalb der Verwaltung, der Ausbildung und im privaten Bereich wahre Innovationsschübe ausgelöst. Per 1.7.2008 tritt ausserdem das Bundesgeoinformationsgesetz in Kraft.

Das für den Kanton Basel-Stadt auszuarbeitende Gesetz soll den Einsatz Geographischer Informationssysteme, die Bearbeitung raumbezogener Daten und deren Nutzung durch Dritte regeln. Dabei sollen für die Datenabgabe folgende Grundsätze gelten:

1. **Datenabgabe innerhalb der Verwaltung**  
Grundsätzlich haben alle Dienststellen unbeschränkten Zugriff auf die Daten. (Die zuständige Dienststelle kann aus Datenschutzgründen den Zugriff auf gewisse Datensätze einschränken oder verweigern.)
2. **Datenabgabe an Dritte**  
Die zuständige Dienststelle legt fest, welche raumbezogenen Daten nicht an Dritte abgegeben werden dürfen. Die Datenabgabe erfolgt grundsätzlich ohne Entgelt (nur für den bei der Aufbereitung der Daten anfallenden Aufwand kann Entgelt erhoben werden. Für Forschungs- und Ausbildungszwecke kann auf eine Rechnungsstellung verzichtet werden). Die bezogenen Daten dürfen, unter Nennung der Quelle, weitergegeben, weiterverarbeitet und veröffentlicht werden.

Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen über geographische Daten und Informationssysteme in der Verwaltung vorzuschlagen. Der Regierungsrat soll das Ziel verfolgen, dieses auf die Legislatur 2009 (neue Verwaltungs- und Departementsstruktur) in Kraft zu setzen. Er wird deshalb aufgefordert, dem Grossen Rat spätestens im September 2008 einen Vorschlag zu unterbreiten.

Michael Wüthrich, Thomas Grossenbacher, Christoph Wydler, Loretta Müller, Mirjam Ballmer, Heiner Vischer, Beat Jans, Andrea Bollinger, Guido Vogel

## Anzüge

### a) Anzug betreffend Schaffung einer "Jugendpolizei" zur Gewaltprävention

08.5053.01

Gewalttätige Übergriffe sind eine - leider traurige - Realität in unserer Gesellschaft. Unter Experten ist zwar umstritten, ob in den Gewaltstatistiken tatsächlich eine Zunahme zu verzeichnen ist. Unbestritten ist jedoch, dass bei den einzelnen Fällen eine zunehmende Brutalisierung erkennbar ist. Einig sind sich die Experten zudem darüber, dass junge Männer aus bildungsfernen und sozial schwachen Verhältnissen überproportional häufig in gewalttätige Auseinandersetzungen involviert sind. Massnahmen zur Gewaltprävention müssen also vor allem hier ansetzen.

Mit ihrer vorausschauenden Integrations- und Familienpolitik wie der Verabschiedung des Gesetzes über die Integration der Migrationsbevölkerung und der Überweisung verschiedener Vorstösse zur Frühförderung (beispielsweise Einführung von Vorkindergärten, Gesamtkonzept zur Frühförderung) haben die Regierung und der Grosse Rat erste wichtige Schritte zur Verhinderung zukünftiger Gewaltdelikte eingeleitet. Zur Vervollständigung fehlen jedoch Massnahmen, mit welchen man diejenigen direkt präventiv angehen kann, welche durch die bestehenden Instrumente nicht oder nicht mehr erreicht werden können. Um Gewaltdelikte minimieren und -exzesse bekämpfen zu können ist es wichtig, gezielt vor Ort auf mögliche Involvierte einzuwirken.

Im Kanton Solothurn hat sich hierzu das Instrument einer so genannten Jugendpolizei bewährt. Die Jugendpolizei ist in den Jugendszenen aktiv und in Jugendhäusern und an öffentlichen Orten präsent, wo sich Jugendliche aufhalten. Sie pflegt einen offenen Kontakt zu den Jugendlichen, kennt potenzielle Gewalttäter sowie deren Umfeld und kann kritische Entwicklungen antizipieren. Zusätzlich zu ihrer Ausbildung in Gewaltprävention, Jugend-, Migrations- und Genderfragen, hat die Jugendpolizei jedoch auch die polizeiliche Interventionskompetenz und kann, wenn es nötig ist, bei gewalttätigen Übergriffen unmittelbar mit polizeilichen Mitteln einschreiten. So bildet die Jugendpolizei eine sinnvolle Ergänzung zur mobilen Jugendarbeit und kann durch ihre präventive Wirkung dazu beitragen, Gewaltdelikte zu verhindern und deren teure Folgekosten zu mindern.

Vor diesem Hintergrund bitten die Anzugsteller den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob und wie

- im Kanton Basel-Stadt ergänzend zu den Angeboten der offenen Jugendarbeit und als Instrument zur Gewaltprävention eine Jugendpolizei geschaffen werden kann
- diese von Beginn an mit genügend Personal ausgestattet und neben der normalen Polizeiausbildung auch in Gewaltprävention, Jugend-, Migrations- und Genderfragen geschult werden kann
- diese mit den bestehenden Präventions- und Jugendstellen der kantonalen Verwaltung sowie privater Institutionen zusammenarbeiten kann.

Tobit Schäfer, Heinrich Ueberwasser, Patricia von Falkenstein, Beat Jans, Tino Krattiger, Emmanuel Ullmann, Bruno Mazzotti, Daniel Stolz, Martin Lüchinger, Annemarie von Bidder, Oswald Inglin, Helen Schai-Zigerlig, Thomas Grossenbacher, Peter Howald, Stephan Gassmann, Christian Egeler, Francisca Schiess, Martin Hug

### b) Anzug betreffend Safer Clubbing in Basel

08.5054.01

Ein lebendiges und vielfältiges Clubangebot (Konzert- und Tanzlokale, Musik- und Nachtclubs, Diskotheken, Bars und Pubs) ist wichtiger Bestandteil der städtischen Kulturlandschaft und ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor. Die Vielfalt der Club- und Musikszene bringt aber nicht nur Unterhaltung für jeden Anspruch und Geschmack. Es existieren auch grosse Unterschiede in der Qualität und der Sorgfalt der Organisation.

Die Probleme, mit welchen Clubs zu tun haben, sind verschieden und vielschichtig: wer heute einen Club führt, muss damit rechnen, dass unter seinen Gästen Menschen mit problematischen Konsum- und Verhaltensmustern anzutreffen sind. Daher kommt es auch im räumlichen Umfeld der Clubs immer wieder zu Problemen.

Um diesen Problemen entgegenzutreten, haben sich Clubs in den Städten Bern, Luzern, Winterthur und Zürich in Sektionen des Vereins Safer Clubbing zusammengeschlossen. Ziel von Safer Clubbing ist es, zur eigenverantwortlichen Qualitätssicherung innerhalb der Clubszene beizutragen. Unterstützt durch kantonale Fachleute kontrolliert und garantiert Safer Clubbing, dass sich die angeschlossenen Clubs an alle gesetzlichen Bestimmungen und die intern vorgegebenen hohen Standards betreffend Sicherheit, Personal und Gesundheit halten. Zudem engagiert sich Safer Clubbing gemeinsam mit kantonalen Präventionsstellen aktiv für die Gewalt-,

HIV- und Suchtprävention in den angeschlossenen Clubs.

Unter der Federführung des Vereins Kultur und Gastronomie, welcher die Anliegen der regionalen Club- und Musikszene vertritt, haben bereits einige Clubs Interesse signalisiert, auch in Basel eine Safer Clubbing Sektion aufzubauen. Der Aufbau und die Unterstützung einer solchen Sektion wäre eine sinnvolle und nachhaltige Ergänzung zu den bestehenden Präventions- und Jugendprojekten im Kanton.

Vor diesem Hintergrund bitten die Anzugsteller den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten ob und wie

- die Basler Clubs und der Verein Kultur und Gastronomie beim Aufbau und Betrieb einer Safer Clubbing Sektion Basel nach den Vorbildern in anderen Schweizer Städten unterstützt werden können
- dabei mit kantonalen Verwaltungs- und Präventionsstellen zusammengearbeitet und ein Teil der für den Aufbau und den Betrieb notwendigen finanziellen Mitteln vom Kanton beigetragen werden können.

Tobit Schäfer, Martina Saner, Brigitte Hollinger, Urs Müller-Walz, Heinrich Ueberwasser, Mirjam Ballmer, Marcel Rünzi, Hans Baumgartner, Rolf Stürm, André Weissen, Dieter Stohrer, Tino Krattiger, Francisca Schiess, Pius Marrer, Peter Jenni

**c) Anzug betreffend kostenloses Deponieren von Armeewaffen im Zeughaus**

08.5055.01

BaZ, 12. Februar 08: "eine unbeabsichtigte Schussabgabe aus einem Sturmgewehr aus grober Fahrlässigkeit ist glimpflich abgelaufen". Im März 2007 in Chur schiesst ein Mann mit einer Armeewaffe um sich und tötet eine 21-jährige Frau. Drei Wochen später stirbt eine Person wiederum durch eine Armeewaffe in Baden. Im November 2007 ereignete sich in Höngg ein weiteres Drama mit einer Armeewaffe. Diese schrecklichen Ereignisse der letzten Zeit sind leider lediglich die Spitze eines todbringenden Eisberges. Gerade die einfache Verfügbarkeit stellt eine grosse Bedrohung für unsere Bevölkerung dar. 60 Prozent aller Tötungen ereignen sich laut Statistik innerhalb der Familie, in 40 Prozent sind Schusswaffen involviert. In vielen Fällen werden Armeewaffen missbraucht. Mit einer Lagerung der Armeewaffen würden insbesondere Frauen und Kinder (in Beziehungsdelikten Hauptleidtragende), die bisher einer erheblichen Gefahr ausgesetzt sind, besser geschützt.

Die hohe Verfügbarkeit von Armeewaffen wird schon seit längerem von Fachleuten für die hohe Suizidrate in der Schweiz mitverantwortlich gemacht. Unterstrichen wird diese Beobachtung durch den Bericht des Bundesamtes für Gesundheit, welches in seinem Bericht zur Suizidprävention fordert, dass das Waffenrecht in der Schweiz zu verschärfen sei.

Grundsätzlich ist eine bundesweite Lösung anzustreben. Da dies erfahrungsgemäss lange dauern kann, hat der Kanton Genf bereits gehandelt. Ebenfalls beantwortete die Zürcher Regierung einen Vorstoss zur freiwilligen Aufbewahrung der Armeewaffe im Zeughaus positiv. Im Januar dieses Jahres wurden zusätzlich in den Kantonen Waadt, Jura, Bern, Zug, Aargau und Basel-Landschaft parlamentarische Vorstösse eingereicht. Basel kann und darf in dieser Hinsicht nicht zurückstehen!

Ein Teil der eingangs aufgeführten Taten liesse sich verhindern, wenn Armeewaffen im Zeughaus anstatt zu Hause aufbewahrt werden.

Der Anzugsteller bittet die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob sie gewillt ist, folgende Anliegen möglichst rasch umzusetzen:

- Ausarbeiten einer Regelung, die es den Armeeeingehörigen aus unserem Kanton erlaubt, ihre persönliche Armeewaffe im Zeughaus freiwillig und kostenlos zu deponieren. Im Kanton Genf konnte innert weniger Wochen eine Lösung präsentiert werden.
- Dass sich der Regierungsrat beim Bund für eine Lösung einsetzt, die dafür sorgt, dass Armeewaffen nicht mehr zu Hause aufbewahrt werden dürfen.

Es wird Dringlichkeit verlangt!

Thomas Grossenbacher, Karin Haerberli Leugger, Rolf von Aarburg, Roland Engeler-Ohnemus, Urs Joerg, Christoph Wydler, Guido Vogel, Patricia von Falkenstein, Tobit Schäfer, Oswald Inglin, Christine Heuss, Michael Wüthrich, Heinrich Ueberwasser, Martin Lüchinger, Christine Keller, Jürg Stöcklin, Eveline Rommerskirchen, Elisabeth Ackermann, Beat Jans, Stephan Gassmann, Brigitte Hollinger, Tanja Soland, Christian Egeler, Baschi Dürr



**d) Anzug betreffend Lohngleichheit zwischen Mann und Frau**

08.5056.01

In der Beantwortung der Interpellation (07.5176.02) der Anzugsstellerin zum gleichen Thema schreibt der Regierungsrat:

"Artikel 8, Abs. 3 der Bundesverfassung und das Gleichstellungsgesetz von 1996 schaffen für die Lohngleichheit von Männern und Frauen eine klare gesetzliche Grundlage. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Durchsetzung dieses klaren Rechtsanspruchs sich in der Realität als schwieriger erweist, als bei der Einführung des Gesetzes angenommen oder erhofft wurde.

Die Interpellantin nennt einige Gründe für diese Schwierigkeiten. Die Höhe der Lohndiskriminierung liegt – je nach Berechnungsart – zwischen 40 und 60%. So hat der Bundesrat in einer breit und tief angelegten Evaluation über die Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes (vom 15. Februar 2006) festgestellt, dass rund 60% des Lohnunterschieds zwischen Frauen und Männern auf objektive Faktoren wie Alter, Dienstalter (betriebsspezifische Erfahrung), Ausbildung, Branche und hierarchische Stellung zurückzuführen ist, 40% lassen sich nicht auf objektive Faktoren zurückführen und sind als Lohndiskriminierung zu werten."

Im weiteren Verlauf der regierungsrätlichen Beantwortung wird auf die Möglichkeit der Einrichtung einer Behörde mit adäquaten Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenzen in Bezug auf die Lohngleichheit hingewiesen. Diese Behörde würde den Druck von den Einzelpersonen wegnehmen, denn die Angst vor Kündigungen hindert die Betroffenen oft daran, gegen Diskriminierungen vorzugehen. Diese Behörde soll aus eigener Initiative Abklärungen treffen und Untersuchungen durchführen können, insbesondere um strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen. In Vertretung von Diskriminierungsopfern oder zur Bekämpfung struktureller Diskriminierung soll die Behörde auch selbstständig Prozesse vor Gericht führen können. Solche Behörden wurden in den letzten Jahren in diversen Ländern (so z.B. in Kanada) und in unterschiedlichen Formen im Rahmen von Reformen des Gleichstellungsrechts neu geschaffen.

Es wäre auch vorstellbar, eine schon bestehende Behörde in der Verwaltung (AWA, Gleichstellungsbüro) mit der Aufgabe zu betrauen. Bestehende Kontakte und die vorhandene Infrastruktur könnten genutzt werden und würden weniger zusätzliche Kosten verursachen.

Im Weiteren könnte den Arbeitgebern angeboten werden, ihren Betrieb bezüglich Lohngleichheit untersuchen zu lassen, um Lohndiskriminierung vorzubeugen oder zu verhindern. Es könnte auf das Selbsttestprogramm 'Logib' hingewiesen werden, welches ein Instrument zur Lohnüberprüfung ist.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie der Kanton die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau anstreben könnte und ob konkrete Massnahmen in obigem Sinn umgesetzt werden können.

Brigitte Hollinger, Dominique König-Lüdin, Tanja Soland, Brigitta Gerber, Annemarie Pfister, Annemarie von Bidder, Andrea Bollinger, Beatriz Greuter, Eduard Rutschmann, Ruth Widmer, Roland Engeler-Ohnemus, Christine Heuss, Loretta Müller, Thomas Grossenbacher, Michael Martig, Heidi Mück, Annemarie Pfeifer, Heinrich Ueberwasser, Martin Lüchinger, Hans Baumgartner

**e) Anzug zur Umsetzung der 5. IV Revision im Kanton Basel-Stadt, Regierungsrätliche Begleitung**

08.5059.01

Kernstücke der 5. IV Revision sind die verstärkte Bemühung um Früherfassung (FE) von komplexeren Krankheitsbildern und die Frühintervention (FI). Ziel der Massnahmen ist es, betroffene Menschen verbessert und schneller in den ersten Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren und eine potentielle IV-Berentung zu verhindern.

Obwohl der regionalen IV- Stelle gegenüber nicht direkt weisungsbefugt, sollte der Kanton BS alles Interesse daran haben, zu verfolgen, wie die Massnahmen nun umgesetzt werden.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten:

- A) In welchem Umfang er auf der gesetzlichen Grundlage Möglichkeiten besitzt, die 5. IV-Revision zu begleiten, zu beobachten, zu evaluieren und sicherzustellen, dass neue Erkenntnisse aus der Umsetzungspraxis der IV-Stelle rasch in die Praxis anderer betroffener Organisationen einfließen.
- B) Wie der Regierungsrat diesen Handlungsspielraum wahrnimmt.
- C) Ob in diesem Zusammenhang die folgenden oder vergleichbaren Messgrössen erhoben werden und dem Regierungsrat zur Verfügung stehen:
  - 1a) Anzahl FE-Meldungen insgesamt

- 1b) davon Anteil der FE-Meldungen durch Drittpersonen (aufgeschlüsselt nach Arbeitgeber, Ärzte, weitere)
- 1c) davon Anteil der FE-Meldungen ohne Information/Zustimmung der Betroffenen
- 1d) davon Anteil FE-Meldungen durch Betroffene
- 2a) Meldefrist bei FE-Meldungen (ab Zeitpunkt Krankheit)
- 2b) Dauer der FE-Phase; von der Meldung bis zum Abschluss der FE-Phase
- 3) Anteil der FE-Meldungen, denen eine IV-Anmeldung folgte
- 4a) Anteil der FE-Meldungen, die eine FI-Massnahme auslösten
- 4b) Anstellungsverhältnis bei Beginn FI-Massnahme
- 4c) Dauer der FI-Massnahme
- 5a) Anzahl (der folgenden) Integrationsmassnahmen (inkl. Anteil an FE-Meldungen)
- 5b) Anstellungsverhältnis bei Beginn Integrationsmassnahme
- 5c) Dauer der Integrationsmassnahme
- 6a) Anteil Arbeitsplatzerhaltungen (1. Arbeitsmarkt)
- 6b) Anteil erfolgreicher (Re-)Integrationen in den 1. Arbeitsmarkt
- 6c) Anteil der davon nach einem (weiteren) Jahr immer noch in Anstellung Verbliebenen (Nachhaltigkeit)
- D) Ob systematische Informationen verfügbar sind, die einen schweizweiten Vergleich der Ergebnisse der verschiedenen IV-Stellen ermöglichen.
- E) Ob systematische Informationen verfügbar sind, die über das subjektive Empfinden der von der Revision betroffenen Menschen Auskunft geben.
- F) Ob Informationen vorliegen, welche auf unerwünschte Nebeneffekte für den Kanton hinweisen, wie zum Beispiel verstärktes Fallwachstum in der Sozialhilfe.

Martina Saner, Annemarie Pfeifer, Michael Martig, Felix W. Eymann, Rolf Stürm, Christine Locher-Hoch, Bruno Suter, André Weissen, Annemarie Pfister, Beatrice Alder Finzen, Philippe Pierre Macherel, Beatriz Greuter, Karin Haeberli Leugger

**f) Anzug betreffend bikantonale Koordination und mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt, insbesondere für das Universitätsspital Basel (USB)**

08.5063.01
------------

Am 16. Mai 2004 kam die partnerschaftliche Jubiläumsinitiative "Spitalplanung" zur Abstimmung. Sie verlangte: "Spätestens ab 1. Januar 2008 sind die kantonalen Spitäler mit denjenigen des Kantons Basel-Landschaft als zusammengefasste Organisation mit einheitlicher Leitung gemeinsam zu führen. Bis dahin sind die einschlägigen Gesetze gegenseitig anzugleichen, ein gemeinsames optimiertes Dienstleistungsangebot zu definieren, gemeinsame Verwaltungseinheiten und die Voraussetzungen für einen gerechten finanziellen Lastenausgleich zu schaffen. Der Beitritt weiterer Gemeinwesen zur neuen Spitalorganisation soll möglich sein." Die Initiative wurde im Kanton Basel-Stadt mit 85% angenommen und im Kanton Basel-Landschaft mit 67% abgelehnt. Die Ablehnungsgründe in BL waren, dass der geforderte Spitalverbund eine sehr schwer lenkbare Organisation sei, die einen Kostenschub zur Folge habe, dass hierzu die öffentlichen Spitäler vorerst aus den kantonalen Verwaltungen ausgelagert und die Kosten von Lehre und Forschung im Universitätsspital Basel (USB) transparent gemacht werden müssten. Andererseits bekannten sich alle Parteien in Basel-Landschaft zur koordinierten regionalen Spitalplanung, zum Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) und zur medizinischen Fakultät.

Das war vor vier Jahren. Unterdessen wurden der partnerschaftliche Bericht zur regionalen Spitalversorgung (Geschäft 05.1364), der Neubaukredit für das UKBB (05.0724), der Anzug zur Erhaltung der Spitzenmedizin in Basel (05.8346) und der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (06.1043), in welchem die Kosten für Forschung und Lehre im USB transparent gemacht werden, in beiden Kantonsparlamenten angenommen.

Noch älter sind die Anzüge betreffend neue Rechtsform für das Kantonsspital (99.6395) und betreffend Verselbständigung des Kantonsspitals (03.7675), die am 14.06.06 stehen gelassen wurden. Deren Anliegen sind immer noch dringend. Aus heutiger Sicht wäre es zudem sinnvoll, sie auf alle öffentlichen Spitäler auszuweiten.

Die am 21.12.07 von den Eidgenössischen Räten verabschiedete Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sieht u.a. die Vergütung der Spitalbehandlungen mittels leistungsbezogener Pauschalen (Diagnosis Related

Groups, DRG) sowie die Gleichbehandlung von privaten und öffentlichen Spitälern vor. Dadurch sollen die Vergleichbarkeit und ein regulierter Wettbewerb unter den Spitälern ermöglicht werden. Diesem Wettbewerb werden auch die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt, insbesondere das USB, ausgesetzt sein.

Der Grosse Rat hat den DRG (06.1772 und 06.5259) zugestimmt. Es stellt sich nun aber die Frage, ob dieser sinnvolle Schritt ausreicht, um den öffentlichen Spitälern die notwendige unternehmerische Handlungsfreiheit zu gewähren, um im regulierten Wettbewerb bestehen zu können. In zahlreichen Kantonen wurden die öffentlichen Spitäler in den letzten Jahren verselbständigt, vielfach in Form öffentlich-rechtlicher Anstalten oder in Form von (gemeinnützigen) Aktiengesellschaften. Der Handlungsspielraum der öffentlichen Spitäler im Kanton Basel-Stadt blieb jedoch sehr gering. Eine vergleichbare Situation weist nur noch der Kanton Basel-Landschaft auf. Die Situation in BS und BL unterscheidet sich demnach markant von der in anderen Gegenden der Schweiz, wo bereits gleich lange Spiesse zwischen öffentlichen und privaten Spitälern geschaffen wurden.

Nachdem im USB die Kosten für Lehre und Forschung separat ausgewiesen werden, stellt sich die Frage, ob zukünftig auch die Kosten für die hochspezialisierte Medizin gemäss den Kriterien des Konkordats über die Koordination der Konzentration der hochspezialisierten Medizin (HSMKO) transparent gemacht und in einer geeigneten Geschäftsform, an der sich der Kanton Basel-Landschaft beteiligen könnte, abgerechnet werden könnten. Die Anzugssteller meinen, dass mit einem solchen Konstrukt die Einwände, die vor vier Jahren in Basel-Landschaft gegen die Jubiläumsinitiative "Spitalplanung" vorgebracht worden sind, ausgeräumt wären und dass die hochspezialisierte Medizin in einer Gesellschaft mit unternehmerischem Handlungsspielraum erfolgreich weitergeführt werden kann.

Aufgrund dieser Ausführungen wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. wie der Handlungsspielraum der öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt, insbesondere des Universitätsspitals, in einem vermehrt wettbewerbsorientierten Umfeld gestärkt werden kann,
2. ob dazu eine Verselbständigung der Spitäler als öffentlich-rechtliche Anstalten, als gemeinnützige Aktiengesellschaften oder als andere Gesellschaftsformen geeignet ist,
3. ob Investitionen, Aufwand und Ertrag der hochspezialisierten Medizin in einem Spezialkonstrukt abgerechnet werden können,
4. ob der Kanton Basel-Landschaft und weitere Gemeinwesen sich mit partnerschaftlichen Rechten und Pflichten an einem solchen Spezialkonstrukt beteiligen wollen (analog zu UKBB und Universität) und
5. ob so die Koordination der regionalen Spitalplanung einen (kleinen) Schritt weitergebracht werden kann.

PS: Das im Landrat eingereichte Postulat "Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft" enthält Vorschläge, die den obigen Punkten 1 und 2 entsprechen.

Rolf Stürm, Christine Locher-Hoch, Rolf Jucker, Arthur Marti, Emmanuel Ullmann, Giovanni Nanni, Ernst Mutschler, Daniel Stolz, Bruno Mazzotti, Markus G. Ritter, Peter Malama, Christian Egeler, Christophe Haller, Baschi Dürr, Urs Schweizer, Hermann Amstad, Martin Hug, Helen Schai, Hasan Kanber, Andrea Bollinger, Lukas Engelberger, Guido Vogel, Tobit Schäfer, Stephan Gassmann, Annemarie Pfeifer, Eveline Rommerskirchen, Désirée Braun, Susanna Banderet-Richner, Annemarie von Bidder, Felix W. Eymann, Christine Wirz-von Planta, André Weissen, Rolf von Aarburg, Eduard Rutschmann, Patricia von Falkenstein, Martina Saner, Heiner Vischer, Roland Lindner, Suzanne Hollenstein, Conradin Cramer, Dieter Stohrer

#### g) Anzug betreffend Öffnung des Birsigs bis zum Barfüsserplatz

08.5060.01
------------

Die Basler ETH-Studentin Nora Marti hat am diesjährigen Prix Toffol die Idee aufgefrischt, mit der Abschaffung der Parkplätze und der Freilegung des Birsigs, aus dem trostlosen Birsigparkplatz eine Allee zu kreieren, die die Basler Innenstadt zweifellos aufwerten wird.

Leider wurde der Bereich zwischen Barfüsserplatz und Heuwaage bisher nicht in die Bestrebungen zur Innenstadt-Aufwertung einbezogen. Es erscheint uns jedoch unerlässlich, jenen Bereich der Innenstadt, in dem das Nachtleben pulsiert, ebenfalls in die Aufwertungsbestrebungen mit einzubeziehen.

Wir bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob die Idee von Nora Marti in den Innenstadt-Aufwertungsbestrebungen einbezogen und umgesetzt werden kann
- wie die in diesem Zusammenhang allenfalls aufzuhebenden Parkplätze in der Umgebung vollumfänglich ersetzt werden können.

Emmanuel Ullmann, Tobit Schäfer, Mirjam Ballmer, Baschi Dürr, Stephan Gassmann, Beat Jans,

Loretta Müller, Markus G. Ritter, Tanja Soland, Tino Krattiger

**h) Anzug betreffend Schienenstück IWB Kurve im Zusammenhang mit der Tramverbindung Margarethenstich**

08.5061.01

Zur Attraktivitätssteigerung des ÖV gehört auch die bessere ÖV-Anbindung des Leimentals an den Bahnhof SBB. Dabei sollen auch Expressstrams eingesetzt werden. Der Margarethenstich als Direktverbindung zwischen den Haltestellen Dorenbach und Margarethen soll Reisenden von und nach dem Bahnhof SBB einen klaren Zeitgewinn bringen.

Dieses wichtige Potenzial des Margarethenstichs lässt sich mit einem kleinen Schienenstück noch bedeutend ausbauen: mit der IWB-Kurve. Wird diese zusätzliche Kurve aus der Richtung Haltestelle Margarethen in die Güterstrasse eingebaut, können die Trams zum südlichen Bahnhofsingang geführt und die Reisezeit weiter reduziert werden. Ausserdem wird damit der Centralbahnplatz entlastet. Werden Margarethenstich und IWB-Kurve als "Margarethenstich Plus" realisiert, könnte mittels Nonstop-Kursen zwischen Böttlingen und Bahnhof SBB annähernd die gleiche Fahrzeitverkürzung erreicht werden wie mit der ungleich teureren Tunnelvariante.

Die neue Linienführung soll dabei keinesfalls auf Kosten bereits bestehender, hochwertiger Verbindungen vom Leimental in die Innenstadt gehen.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob im Zusammenhang mit der geplanten Tramverbindung Margarethenstich das Schienenstück IWB Kurve realisiert werden kann.

Michael Wüthrich, Jörg Vitelli, Stephan Gassmann, Christoph Wydler, Loretta Müller, Roland Engeler-Ohnemus, Martina Saner, Brigitte Strondl, Andrea Bollinger

**i) Anzug betreffend Schaffung günstiger und legaler Plakatstellen für regionale Kulturveranstalter**

08.5062.01

Viele regionale Kulturveranstalter müssen, um überleben zu können, mit sehr knappen Budgets arbeiten und sind daher unter anderem darauf angewiesen, ihre Veranstaltungen möglichst kostengünstig bewerben zu können. Dies gilt für private, kommerzielle Anbieter genau gleich wie für staatlich geförderte Institutionen. Da sie sich den offiziellen Plakataushang über die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG) oft nicht leisten können, bewerben sie ihre Veranstaltungen zur Zeit meist mittels Kleinplakaten im illegalen, so genannten wilden Aushang. Der Regierungsrat hat die Verwaltung beauftragt, freie Werbeflächen für die Kleinplakatierung zur Verfügung zu stellen, um diesem "Wildwuchs in der Form, dass die von verschiedenen Plakatierern benutzten Stellen nicht bewilligt sind" und dem wilden Aushang, der "hohe und bisher nicht gedeckte Reinigungskosten beim Tiefbauamt verursacht", entgegenzuwirken.

Gemäss diesem Auftrag hat die Verwaltung zwar Ende 2006 ein Konzept für die Kleinplakatierung erstellt, welches vorsieht, für Kleinplakate legale Stellen (beispielsweise mittels Plakaträhmen an Verteilerkästen oder Spritzschutzwänden) zur Verfügung zu stellen und deren Bewirtschaftung in die APG Konzession zu integrieren. Es zeigt sich jedoch, dass die angesetzten kantonalen Gebühren von CHF 300 pro Jahr für eine A2-Plakatstelle, notabene ohne Plakaträhmen und Bewirtschaftung, viel zu hoch sind. Dies insbesondere im Vergleich mit anderen Städten, wie beispielsweise Zürich, wo die gleichen Stellen nur CHF 26 kantonale Gebühren kosten.

Für die regionalen Kulturveranstalter bedeutet dies, dass sie sich auch diese neuen, legalen Stellen nicht leisten können und weiterhin gezwungen sind, ihre Plakate illegal zu hängen. Was für den Kanton wiederum zur Folge hat, dass weiterhin keine einheitliche Bewirtschaftung der Plakatstellen möglich ist und hohe Reinigungskosten anfallen.

Vor diesem Hintergrund bitten die Anzugsteller den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob und wie

- im Kanton genügend legale und wirkungsvolle Stellen für Kleinplakate von regionalen Kulturveranstaltern zur Verfügung gestellt werden können
- dabei die Gebühren so günstig angesetzt werden können, dass sich die regionalen Kulturveranstalter diese leisten können, wobei auch ein Vergleich mit anderen Städten anzustellen ist
- dafür gesorgt werden kann, dass die Koordination und Bewirtschaftung der Stellen durch ein transparentes Bewilligungsverfahren geregelt und von einem unabhängigen Betreiber angeboten wird.

Tobit Schäfer, Heinrich Ueberwasser, Philippe Pierre Macherel, Markus G. Ritter, Peter Malama, Ruth Widmer, Heidi Mück, André Weissen, Martin Lüchinger, Tino Krattiger

**j) Anzug betreffend bezahlter Jugendurlaub für Jugendliche in Ausbildung**

08.5065.01

Gemäss OR Artikel 329e Absatz 1 haben jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum 30. Altersjahr Anspruch auf eine Arbeitswoche Jugendurlaub pro Jahr für unentgeltliche leitende, betreuende oder beratende Tätigkeit im Rahmen der ausserschulischen Jugendarbeit in einer kulturellen, sportlichen oder sozialen Organisation. Das Obligationenrecht sieht für dieses sehr zu begrüssende Engagement keine finanzielle Entschädigung vor.

In der Schweiz haben ehrenamtliche Tätigkeiten in Sport- oder Kulturvereinen, in karitativen und kirchlichen Organisationen oder in politischen Parteien einen hohen Stellenwert. Dies hat das Jahr der Freiwilligenarbeit (Uno-Jahr der Freiwilligen 2001) eindrücklich bestätigt. Jede vierte Person engagiert sich unentgeltlich in diesen Bereichen. Studien sprechen eine deutliche Sprache: In der Schweiz werden jährlich 740'000'000 Stunden an Freiwilligenarbeit geleistet. Dies entspricht einem Gegenwert von rund CHF 29'000'000'000. Gerade junge Menschen leisten einen hohen Anteil an dieser Arbeit. Allerdings wird es für die Vereine offenbar schwieriger, junge Leute zur Freiwilligenarbeit zu motivieren.

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) schreibt in einem Positionspapier vom November 2006:

„Sie fordert deshalb Institutionen, Schulen, Gewerkschaften, Firmen, Arbeitgeberverbände auf, dem Wert der in der ausserschulischen Jugendarbeit geleisteten Freiwilligenarbeit und den daraus resultierenden Qualifikationen von Jugendlichen mehr Beachtung zu schenken.“

Kürzlich änderte die Regierung die Regelung der Entschädigung für Feuerwehrdienstleistende. Diese Personen erhalten neu einen bezahlten Urlaub, wie dies gemäss kantonaler Verordnung für den Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub gilt.

Jugendliche in Berufslehren haben einen kleinen Lohn. Sie haben auch nicht - wie Schülerinnen und Studierende - die Möglichkeit, einen Zusatzverdienst zu erzielen. Es ist wichtig, dass sich Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Gruppen an sozialen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten beteiligen. Oft führt eine Berufslehre dazu, dass ausserberufliche Aktivitäten vernachlässigt werden. Die zusätzliche Ferienwoche ist da ein wichtiger Anreiz, der diesem Trend entgegenwirkt.

Die Anzugsteller/innen bitten den Regierungsrat zu prüfen, ob zumindest für Auszubildende beim Kanton, der Jugendurlaub auf der Basis des Ausbildungslohns entschädigt werden kann.

Urs Müller-Walz, Loretta Müller, Heinrich Ueberwasser, Tobit Schäfer, Urs Joerg, Mirjam Ballmer, Roland Engeler-Ohnemus, Brigitte Hollinger, Gülsen Oeztürk, Helen Schai-Zigerlig, Thomas Grossenbacher, Ernst Mutschler

**k) Anzug betreffend ein langfristiges Konzept für die St. Jakobshalle**

08.5066.01

Die St. Jakobshalle ist von ihrer Grösse und ihren Nutzungsmöglichkeiten her geradezu ein "Flaggschiff" für Sport- und andere Grossanlässe in der Region Basel. Sie steht in Konkurrenz mit Hallen von ähnlicher Kapazität in andern Schweizer Städten wie Bern oder Zürich. Einst unter dem Dach des Ressorts Sport, ist die Akquisition und Vermittlung von kommerziellen Veranstaltungen und Werbepartnern für die Sportanlagen des Kantons Basel-Stadt und insbesondere für die St. Jakobshalle durch einen Vertrag mit der Levent Aktiengesellschaft aus der Dienststelle "Ressort Sport" ausgelagert worden. Dabei stand ein klares Ziel im Vordergrund: in der St. Jakobshalle und auf den andern Sportanlagen sollten mehr Veranstaltungen durchgeführt werden und entsprechend mehr Einnahmen für den Kanton generiert werden, der die kostspieligen Anlagen unterhält. Es besteht das Bemühen, am Standort Basel eine möglichst repräsentative Halle anbieten zu können, die dem Standort auch wirtschaftlich nützt. In jüngster Zeit wurden und werden beträchtliche Summen für die Instandstellung und den Ausbau der Halle getätigt. Das Investitionsbudget 2008 weist neben einer Tranche von CHF 100'000 im Rahmen eines Erweiterungsbaukredits, der sich im Gesamten auf CHF 10'000'000 beläuft und nun mit CHF 9'900'000 beinahe ganz investiert ist, einen Investitionskredit von CHF 1'100'000 im Rahmen des 4-Millionenkredits für "Allgemeine Sanierungen II" aus, welcher mit CHF 3'999'000 ausgeschöpft ist. Im Jahr 2007 wurde auch ein Kredit über CHF 1'800'000 für die Sanierung des "Dachbelags Foyer" ausgeschöpft. Für das Budget 2008 liegt ebenfalls ein neuer Kredit für eine "Erweiterung Innenraum" von CHF 700'000 vor (von welchen im Investitionsbudget 2008 CHF 400'000 freigegeben sind). Nun wird im Zusammenhang mit den "Swiss Indoors"-Spielen, die in die sogenannte 500er-Liga der "Association of Tennis Professionals" aufsteigt, auch bereits moniert, es sei noch mehr staatliche Unterstützung für die wachsenden Ansprüche an die Infrastruktur der Halle erforderlich. Die St. Jakobshalle hat in früheren Jahren einen Umsatz von CHF 2'000'000 bis CHF 2'500'000 generiert.

So sinnvoll das Vorhandensein einer erstklassig ausgestatteten St. Jakobshalle sein mag, stellt sich die Frage, ob

die Auslagerung der Vermarktung der Halle das einbringt, was man sich von ihr verspricht. Eine solche externe Bewirtschaftung (z.T. auf Provisionsbasis) ist kein Konzept und sie ersetzt kein Konzept. Die Grundlage eines Konzeptes muss vom Kanton erarbeitet und gewollt werden. Die diversen Interessen von Nutzerinnen und Nutzern sind vom Kanton politisch und wirtschaftlich zu gewichten. Für eine allfällige erneute externe Vergabe bzw. Weiterführung der externen Vergabe stellen diese Grundlagen zugleich zentrale Submissionsunterlagen dar. Es muss gewährleistet sein, dass nicht Partikularinteressen bereits in der Ausarbeitung des Konzeptes ein unrichtiges Gewicht beigemessen wird oder gar die Ausarbeitung des Konzeptes von Interessenten oder potentiell späteren Auftragsnehmern mitgestaltet wird.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie ein klares Konzept für die "Bewirtschaftung" der St. Jakobshalle vorgelegt werden kann
- was dieses beinhaltet und welche Ziele in diesem festgelegt werden
- welcher Weg beschritten werden soll, um diese Ziele zu erreichen
- welche weiteren grösseren baulichen und technischen Investitionen zur Umsetzung der Ziele nötig sind
- wie die Verantwortung und die Kompetenzen der Hallenleitung künftig geregelt werden
- welchen Einfluss die RV 09 auf die St. Jakobshalle und deren Konzept haben wird
- welche Nachfrage die St. Jakobshalle künftig bedienen wird.

Sibylle Benz Hübner, Markus Benz, Ernst Jost, Stephan Gassmann, André Weissen, Martin Lüchinger, Dieter Stohrer, Beat Jans, Hans Baumgartner, Marcel Rünzi, Loretta Müller, Elisabeth Ackermann, Christoph Wydler, Gisela Traub, Michael Wüthrich, Dominique König-Lüdin, Ernst Mutschler

**I) Anzug betreffend optimale Streckenführung der deutschen Buslinie 16 in Riehen**

08.5067.01

Die Gemeinden Lörrach, Riehen, Weil und Basel (Kleinhüningen) sind mit der deutschen Buslinie 16 miteinander verbunden. Die Gemeinde Riehen wird von der Linie 16 allerdings nur sehr peripher (Haltestelle Weilstrasse) bedient. Somit können die aus Weil oder Lörrach kommenden Fahrgäste das Riehener Dorfzentrum nur mit Umsteigen erreichen. Auch existiert keine Verknüpfung der Linie 16 mit den Riehener BVB-Buslinien und der S-Bahn.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob und wie in Zusammenarbeit mit den Behörden von Riehen und der deutschen Nachbarschaft, die Linie 16 besser ins bestehende Riehener ÖV-Netz eingebunden werden kann. Im Vordergrund steht dabei

- eine Linienführung in Richtung Dorfzentrum (z.B. Haltestelle Riehen Dorf) und zum Riehener Bahnhof, damit an diesen Stationen auf die Tram- und Buslinien der BVB sowie auf die S-Bahn umgestiegen werden kann
- die Integration der Buslinie 16 in den Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW)

Roland Engeler-Ohnemus, Guido Vogel, Thomas Grossenbacher, Annemarie Pfeifer, Heinrich Ueberwasser, André Weissen, Franziska Reinhard

## Interpellationen

**a) Interpellation Nr. 10 Gefährliche Körperverletzung: Durch die Regierung des Kantons Basel-Stadt zu dulden?**

08.5050.01

Am Dies Academicus des Jahres 2007 sind, wie jedes Jahr, die farbentragenden Studentenverbindungen während des Festaktes durch ihre Banner, Bannerträger und Bannerbegleitung repräsentiert worden. Dabei ist aufgefallen, dass der Bannerträger einer Studentenverbindung frisch vernähte Schlagwunden auf Grund einer Körperverletzung durch die Mensur zur Schau getragen hat. Diese Körperverletzungen gelten wohl als Beweis von Mut und Mannhaftigkeit.

Es ist absolut unverständlich, wie in der heutigen Zeit jemand Gefallen daran finden kann, sich solchen Taten mit schwerwiegenden Folgen auszusetzen. Grundsätzlich halte ich solche Körperverletzung als Selbstverstümmelung und somit gesetzeswidrig. Meine informelle mündliche Nachfrage beim Justizdirektor hat ergeben, dass er und seine Mitarbeiter auf solch geplante Körperverletzungen keinen Einfluss nehmen können. Wie auch immer die Sach- und Rechtslage hier wirklich sein mag, halte ich es für inakzeptabel, dass Parlament und Regierungsvertreter durch ihre Anwesenheit bei einem Festakt, an dem solche Körperverletzungen zur Schau getragen werden, diese mehr als antiquierten Männervorstellungen gewisser Studentenkreise dulden sollten.

Ich hätte daher von der Regierung gerne folgende Fragen beantwortet:

- Ist die Regierung bereit Einfluss zu nehmen, dass künftig solche Aktionen in ihrem Einflussgebiet (Kanton Basel-Stadt) unterbleiben.
- Ist die Regierung bereit, durch ihre Vertreter im Universitätsrat dahingehend Einfluss zu nehmen, dass künftig keine Teilnehmer von Mensuren in einer offiziellen Funktion am Dies Academicus teilnehmen dürfen.
- Ist die Regierung der Meinung, dass die Staatsanwaltschaft diese Körperverletzung mit gefährlichen Gegenständen nach Artikel 123 im Strafgesetzbuch verfolgen muss?
- Sollte der Einfluss der Regierung nicht genügend gross sein, so frage ich an, ob sie bereit ist, künftig durch eine Nicht-Teilnahme am Dies Academicus zu dokumentieren, dass sie derartige Unterfangungen in der heutigen Zeit für inakzeptabel hält.

Gabriele Stutz-Kilcher

**b) Interpellation Nr. 11 Gibt es eine Chancengleichheit bei der Prämienverteilung in der kantonalen Verwaltung?**

08.5051.01

Etlliche Untersuchungen haben gezeigt, dass bei Leistungslohn und bei leistungsabhängigen Zulagen die oberen Kader und Fachkader mehr profitieren als der übrige Teil der Belegschaft. Diese Tatsache unterbindet eine Chancengleichheit zwischen den oberen und den unteren Einkommen. Als weiteren Aspekt haben Studien gezeigt, dass auch Frauen bei der Verteilung von Prämien eher schlecht wegkommen.

Die lohnrelevanten Führungsinstrumente wie die Anerkennungsprämie, die Abweichung vom Stufenanstieg und die ad personam-Korrekturen sind ein in der Verwaltung etabliertes Mittel. Mit der Anpassung der "Anerkennungsprämien-Verordnung" steigt die Verunsicherung, ob eine gerechte Verteilung überhaupt noch möglich ist. Sie sieht neu eine Geldprämie von bis zu CHF 3'000 vor, jedoch die zur Verfügung stehende Summe (0,12% der Lohnsumme, ca. 1,7 Mio.), wurde nicht erhöht. Ebenfalls sind bei der Handhabung der restlichen lohnrelevanten Führungsinstrumente fragwürdige Tendenzen zutage getreten. Daraus resultiert ein gewisses Unbehagen, ob es eine Chancengleichheit bei den lohnrelevanten Führungsinstrumenten überhaupt gibt.

Um diesen Argwohn auszuräumen, bitte ich um Bericht zu folgenden Fragen:

Frage 1: Anerkennungsprämie: Die Verteilung der Geldprämien nach Lohnklassen unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Durchschnittliche Prämienhöhe aufgeschlüsselt nach Lohnklassen
- Verhältnis Anzahl Geldprämien zur Anzahl Mitarbeitende innerhalb der gleichen Lohnklassen
- Verhältnis Summe der Geldprämie zur Lohnsumme innerhalb der gleichen Lohnklassen
- Aufteilung der berücksichtigten Personen nach Geschlecht

- Anzahl der Tage der in Form von bezahltem Urlaub gewährten Prämien und deren Kosten bei Funktionen die eine Stellvertretung benötigen.

Frage 2: Abweichung vom Stufenanstieg, § 10 Lohngesetz

Verteilung des beschleunigten Stufenanstiegs unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Aufteilung nach Lohnklassen
- Aufteilung nach Geschlecht

Frage 3: Ad personam - Korrekturen, § 9 Lohngesetz

Verteilung der ad personam - Korrekturen unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Korrekturen in der Lohnklasse aufgeteilt nach Geschlecht
- Korrekturen in der Stufe aufgeteilt nach Lohnklassen
- Korrekturen in der Stufe aufgeteilt nach "Gewinnung" und "Erhaltung" von Mitarbeitenden
- Korrekturen in der Stufe aufgeteilt nach Geschlecht

Frage 4: Konnte man eine klare Tendenz der Bevorzugung der oberen Lohnklassen in den letzten vier Jahren in Bezug auf die obig gestellten Fragen feststellen? Gibt es einen Bezügerkreis, der jährlich von den vorgenannten Massnahmen profitiert? Wenn ja wie hoch waren die durchschnittlichen Prämien und welche Departemente betraf es.

Greta Schindler

**c) Interpellation Nr. 12 betreffend Ausrottung des Baseldytsch - quo vadis Baseldytsch ?**

08.5068.01

Der etwas voreilige Beschluss des ED, ohne Bezug der Elternschaft, hat bei einem grossen Teil der Bevölkerung "Kopfschütteln" und Unverständnis hervorgerufen.

Eine klare Mehrheit äussert sich besorgt über die Entwicklung, bereits mit 3 Jahren schon Schriftdeutsch zu lernen. Baseldytsch ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Kultur, ein Stück Heimat und die Identität der Basler. Es kann nicht angehen, dass die Basler Kinder ihre Muttersprache verlieren.

Ganz allgemein macht es den Anschein, dass sich die Schweizer Einwohner/Einwohnerinnen den Ausländern beugen und in diesem Sinne sich der Schweizer Dialekt hinten anstellen muss.

Wie eine Umfrage der Gratiszeitung Baslerstab ergeben hat, sind über 90 % mit dem Entscheid des ED nicht einverstanden. Die Zahlen: 535 Nein gegenüber 46 Ja.

Aus diesem Grunde bitte ich die Regierung, mir die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. 150 Stunden mindestens Hochdeutsch lernen für 3-jährige Kinder. Wird dies durch den Staat bezahlt?
2. Rund 500 Kinder und Eltern ausländischer Herkunft profitieren auf Kosten des Staates von dieser Ausbildung. Wie hoch kommen diese Kosten? Ich bitte um genauere Zahlen.
3. Ist es nicht im Sinne des ED, dass sich die Eltern ausländischer Kinder um die Erlernung des Dialektes oder der Schriftsprache selbst kümmern? Ist dies im Sinne der Integration?
4. Sollten nicht die Ausländer unseren Dialekt lernen, weil es die Landessprache unserer Region ist?
5. Ist es zudem im Sinne des ED, das Baseldytsch zu vernachlässigen? (Das Baseldytsch hat einen immens grossen Kulturwert, nicht zuletzt in verschiedenen Kulturinstitutionen und Veranstaltungen; Baseldytschi Bühni, Basler Fasnacht, Baseldytschi Literatur, etc.).
6. Hat das ED mit Eltern Kontakt aufgenommen und abgeklärt, ob dieses Vorgehen verantwortungsbewusst ist?
7. Werden schliesslich nicht unsere Basler Kinder die Zeche für die Integrationspolitik zahlen, die sich in einer Sackgasse befindet?
8. Zeigt sich das ED bereit, das Projekt zurückzustellen und weitere Abklärungen bei Elternschaft und der Basler vorzunehmen.

Roland Vögtli



**d) Interpellation Nr. 13 betreffend Projekt "Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergärten" und Standardsprache in Kindergärten und Primarschulen**

08.5069.01

Aufgrund der täglichen Berichterstattung über die Einführung der Standardsprache während der obligatorischen Schulpflicht (bereits auch im Kindergarten) macht sich ein stetig wachsender Widerstand der Bevölkerung bemerkbar. Umstritten ist dies auch teilweise bei den Eltern und LehrerInnen. Nun will die Regierung für 3-jährige Kinder ein Obligatorium für Standard-Deutschkurse einführen und somit in die Sprachentwicklung eingreifen und kontrollieren, was wiederum heftige Reaktionen in der Bevölkerung auslöste. Die Regierung übernimmt somit die totale Kontrolle und Verantwortung über die Sprachbildung. Somit ist sie auch für den Erhalt des Dialektes verantwortlich und kann diese nicht abgeben.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist mit Deutschkenntnissen Standarddeutsch gemeint?
2. Gehören Kinder mit "einheimischem" Hintergrund, also diejenigen, die nur mit schweizerdeutschem Dialekt aufwachsen und somit ungenügende Deutschkenntnisse vorweisen, auch zu der Zielgruppe?
3. Wie hoch sind schätzungsweise die jährlichen Kosten und wer kommt für diese Kosten auf?
4. In wie weit berücksichtigt die Regierung den Widerstand der Eltern und der Lehrer, die die Dialektsprache im Kindergarten beibehalten möchten?
5. In wie weit berücksichtigt die Regierung den Widerstand der Eltern und der Lehrer, die die Dialektsprache in der Primarschule teilweise (z.B. beim Sport, Handarbeit, Werken, Schulausflüge, Fasnachtsumzüge, etc.) beibehalten möchten?
6. Welche Strategie verfolgt die Regierung für den Erhalt des Dialektes in der Schule?

Remo Gallacchi

**e) Interpellation Nr. 14 betreffend Wasser an der Euro 08: Gratis Trinkwasser für alle! - oder doch nicht?**

08.5070.01

Während der Fussball-Europameisterschaft im Juni 2008 können in der Schweiz sommerliche Temperaturen herrschen. Die Folge davon ist vermehrter Flüssigkeitsbedarf des Körpers. Dieser sollte aus gesundheitlichen und aus Sicherheitsgründen nicht mit alkoholischen Getränken, sondern mit Soft-Drinks, noch besser mit Wasser gestillt werden.

Deshalb schlägt die Eidgenössische Kommission für Alkoholfragen (EKAL) vor, während der Austragung der EURO 08 an Plätzen mit grossem Publikumsaufmarsch gratis Trinkwasser - zum Beispiel über Hydranten der städtischen Wasserversorgung - zur Verfügung zu stellen und auf dieses Angebot entsprechend aufmerksam zu machen.

An der EURO 08, wo der Alkohol in Strömen fliessen wird, stellt die Massnahme zudem einen präventiven Beitrag zur Reduktion von Gewalt und Unfällen dar. Im Vergleich zu den zahlreichen und teuren Massnahmen, die während dieses Grossereignisses zur Schadensverminderung beitragen sollen, ist sie zudem sehr einfach und kostengünstig umzusetzen.

In Bern hat man während des Frauenlaufs mit dem Öffnen der Hydranten bereits gute Erfahrungen gemacht. Die Wasserabgabestellen werden jeweils von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern betreut.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat unser Anliegen, während der EURO 08 an Orten mit grossem Publikumsaufmarsch, natürlich zusätzlich zu den bestehenden Brunnen, zusätzlich gratis Trinkwasser (zum Beispiel aus Hydranten) zur Verfügung zu stellen und auf dieses Angebot auch entsprechend aufmerksam zu machen?
2. Hat Basel überhaupt das Recht, zusätzlich zu den Brunnen Gratis-Trinkwasser abzugeben oder wurde dies von den Veranstaltern der Euro 08 - auch was die bestehenden öffentlichen Brunnen betrifft - unterbunden?
3. Ist der Regierungsrat gewillt, während der Euro 08 Gratis-Trinkwasser abzugeben?
4. Wo sieht der Regierungsrat geeignete Punkte zur Abgabe von Gratis-Trinkwasser?

Ich danke dem Regierungsrat im Voraus für die Beantwortung unserer Fragen.

Heinrich Ueberwasser

**f) Interpellation Nr. 15 betreffend Umwandlung des "Braunen Mutz" in ein Fast Food Restaurant**

08.5073.01

Wie die Basler kürzlich erfahren mussten, droht der beliebten Innerstadtbeiz "zum Braunen Mutz" ein wesentlicher, nicht tolerierbarer Eingriff in das bisher einwandfrei funktionierende Konzept. Burger King will Meister Betz vertreiben und in einem völlig veränderten Interieur "Schnellimbisse" anbieten. Ich möchte in Erinnerung rufen: Der "Mutz" ist noch eine der alten Bierhallen, die es früher vermehrt gab. Das Restaurant wird seit vielen Jahrzehnten für alle Bevölkerungsschichten hervorragend geführt und verdient deren Anerkennung. Im Parterre sitzen Arbeiter und Akademiker, Studenten und Direktoren, Eingeborene und Auswärtige, zusammen. Im 1. Stock werden gut bürgerliche Gerichte in gepflegtem Rahmen serviert; kurz in diesem Gasthaus stimmt alles - Angebot und Nachfrage, Leistung und Preis! Deshalb ist der "Braune Mutz" bei Jung und Alt äusserst beliebt. Bei der Beurteilung meines Anliegens darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass gleich neben dem "Braunen Mutz" mit dem Mc Donalds bereits ein Schnellimbiss-Lokal, das zum grössten Teil - vor allem für Jugendliche - ungesunde Verpflegung anbietet, was wiederum dazu führen könnte, dass unser Nachwuchs angesichts der sich abzeichnenden Ballung solcher Schnellfrass-Ketten wohl kaum je im Dress des FCB auflaufen wird (falsche Ernährung, Übergewicht!). In den letzten Jahren sind stadtbekannt und beliebte Gasthäuser verschwunden wie beispielsweise das Gambrinus, die alte Bayerische Bierhalle, die Glogge, die Börse um nur einige zu nennen. Diese ungute Entwicklung gilt es zu stoppen und in echter Sorge um den "Mutz", frage ich die Regierung an:

1. Geht die Regierung wohl mit dem Grossteil der Bevölkerung einig, dass ein weiteres Fast Food-Restaurant inmitten der Innenstadt neben dem Mc Donalds und in der Nähe von Schulen unangebracht ist und verhindert werden muss?
2. Ist die Regierung bereit, das im November 1914 eröffnete Gasthaus "zum Braunen Mutz" vor allfälliger Zweckentfremdung zu schützen und die Liegenschaft unter Denkmalschutz zu stellen?
3. Ist die Regierung bereit, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ein weiteres Fast Food-Restaurant am Barfüsserplatz zu verhindern?

Giovanni Nanni

**g) Interpellation Nr. 16 betreffend "Nacht auf dem Polizeiposten"**

08.5076.01

Die unrühmlichen Ereignisse rund um die Nicht-Demo vom 26. Januar 2008 beschränken sich nicht nur auf die Verhaftung von unbescholtenen Touristen, sondern gehen bis zu - im Bericht Meier auch beschriebenen - Kleiderkontrollen bei denen sich die Betroffenen entkleiden und vor PolizistInnen einmal um die eigene Achse drehen mussten. Dies ist eine Praxis, die nicht nur im Rahmen von Demonstrationen zum Einsatz kommt, sondern auch bei anderen Gelegenheiten. Deshalb beziehen sich die Fragen explizit nicht nur auf die Geschehnisse rund um den 26. Januar 2008, sondern auf die allgemeine, polizeiliche Praxis.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie oft und unter welchen Umständen müssen sich Personen auf der Wache (oder auch auf der Strasse) entkleiden? (Angaben bitte in Anzahl Personen pro Jahr)
2. Werden die festgenommenen Personen grundsätzlich immer von Polizeiangehörigen des gleichen Geschlechts kontrolliert? Gibt es auch Ausnahmen (wenn ja, Angaben bitte in Anzahl Personen pro Jahr)?
3. Gegen welche Vorschriften haben diese Personen vor der Verhaftung verstossen?
4. Was unternimmt die Kantonspolizei, damit die Überprüfung festgenommener Personen auf Gegenstände und Waffen nicht zur Erniedrigung der verhafteten Personen missbraucht wird?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat in diesem Zusammenhang die Einhaltung der Verhältnismässigkeit zu gewährleisten und unverhältnismässiges Eingreifen der Polizei in den Griff zu bekommen?
6. Ist die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdeinstanz, die nicht dem zuständigen Departement untersteht, für die Schaffung von Vertrauen in die Polizei sinnvoll und geplant?

Loretta Müller

**h) Interpellation Nr. 17 betreffend Vermietung von Unterkünften während Messen und der EURO 08**

08.5079.01

Im Hinblick auf die Euro haben die Veranstalter mit Unterstützung des Kantons Basel-Stadt die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons dazu aufgerufen, Gäste von auswärts bei sich aufzunehmen. Während der Euro 08 werden - wie während den grossen Messen ART und BASEL WORLD - Betten in Basel fehlen. Wir sollten also, um Basel als gastfreundliche Stadt positionieren können, alle Möglichkeiten ausschöpfen. Gäste aufzunehmen ist für die aufnehmenden Einwohner und Einwohnerinnen auch mit Umtrieben und Einschränkungen verbunden, die man sich in der Regel durch eine angemessene „Miete“ oder „Übernachtungsentschädigung“ abgelten lässt. Nimmt ein Mieter oder eine Mieterin einen solchen Gast gegen Entgelt bei sich auf entsteht ein temporäres Untermietverhältnis, das von der Vermieterschaft genehmigt werden muss, nach OR aber in der Regel und unter gesetzlich festgelegten Voraussetzungen auch nicht abgelehnt werden darf.

Ein grosser Anbieter von Mietwohnungen im Kanton Basel-Stadt ist der Kanton selbst über die ehemalige ZLV, heute Immobilien Basel-Stadt. Daher entfaltet die Praxis dieses Vermieters auch Signalwirkung für andere Vermieter. In diesem Zusammenhang stellt der Unterzeichnende folgende Fragen:

- Wie stellt sich die Regierung zu solchen Untermietverträgen von Mieterinnen und Mietern beim Kanton bzw. Immobilien Basel-Stadt während der Euro 08 und den grossen Messen?
- Welche Regeln hat Immobilien Basel-Stadt für entsprechende Anfragen von Mieterinnen und Mietern aufgestellt, bzw. welche Praxis wird verfolgt?
- Ist die Regierung, bzw. Immobilien Basel-Stadt bereit, ihre Mieterinnen und Mieter zu ermuntern, Gäste während der Euro 08 oder während den grösseren Messen aufzunehmen?
- Wie will die Regierung gegebenenfalls die Mieterinnen und Mieter zur temporären Weitergabe ihres Wohnraumes ermuntern (Abgabe eines Merkblattes, Beratung durch Immobilien Basel-Stadt oder durch andere nicht finanzielle Massnahmen)?

Andreas Burckhardt

## Schriftliche Anfragen

**a) Schriftliche Anfrage betreffend Rechtsabbiegemöglichkeit in den Hechtliacker**

08.5071.01

Fährt man die Gundeldingerstrasse stadtauswärts Richtung Reinach und will man beim Leimgrubenweg nach rechts in den Hechtliacker abbiegen, so hindert einem ein Rotlicht daran. Dies ist umso störender, als der Fussgängerstreifen ohne Licht gesichert ist, demnach jederzeit - d.h. auch in der Grünphase für die Autofahrenden - begangen werden kann.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob hier die Möglichkeit geschaffen werden kann, jederzeit nach rechts abbiegen zu können. Dies würde den Verkehrsfluss in der Gundeldingerstrasse erhöhen.

Christine Heuss

**b) Schriftliche Anfrage betreffend Notwohnungen im Kanton Basel-Stadt**

08.5072.01

Vor allem Menschen mit unsicheren Einkommen oder mit Einträgen im Betreibungsregister haben auf dem Wohnungsmarkt gesteigerte Schwierigkeiten. Sie finden oft nur noch Wohnungen, die für ihre Verhältnisse zu teuer sind. Entstehen dann Zahlungsrückstände, können sie schnell nach ausserordentlichen Kündigungen auf der Strasse stehen. Ähnliche Notsituationen können aufkommen, wenn gestresste und überlastete Eltern mit ihren Kindern nicht mehr zurecht kommen. Dann können nachbarschaftliche Beschwerden bei der Liegenschaftsverwaltung ebenfalls zur Kündigung, eventuell ausserordentlich mit verkürzten Fristen, führen. Es gibt vielfältige weitere Gründe, die den schnellen Verlust der Wohnung nach sich ziehen können.

Für die daraus entstehenden Notsituationen verfügt der Kanton Basel-Stadt im Hinblick auf Haushalte ohne Kinder über die Notschlafstelle, im Hinblick auf Haushalte mit Kindern über rund 200 Notwohnungen. Diese Notwohnungen verhindern die Obdachlosigkeit, bis die betroffenen Familien wieder eine dauernde, familiengerechte Wohnung gefunden haben.

Zur Zeit sind die Notwohnungen zu 80 bis 90 Prozent belegt. Die Reserven für neu auftretende Notfälle sind somit knapp. Im Sommer 2007 erhielten die Bewohnenden der Notsiedlung Rüchligweg in Riehen die Mitteilung, dass die 77 dort befindlichen Wohnungen bis zum Jahre 2009 dem Riehener Altersheim Humanitas zu weichen haben. Diese Wohnungen sollen entsprechend dem Bedarf ersetzt werden, versichert Dr. Antonios Haniotis, Vorsteher des Amtes für Sozialbeiträge. Es sind aber hierfür noch keine Ersatzstandorte und keine Termine bekannt. Die Notsiedlungen an Hirtenweg, Belforterstrasse und Theodor Herzl-Strasse sollen laut Dr. Antonios Haniotis unverändert weiterbestehen. Allerdings nennt der Politikplan 2008-2011 das Areal Belforterstrasse als einen zukünftigen Standort für "attraktive Stadtwohnungen".

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

1. Mit welchem Bedarf an Notwohnungen muss heute und in Zukunft gerechnet werden?
2. Welcher Ersatz für die 77 Notwohnungen am Rüchligweg in Riehen ist in Planung?
3. Wie lässt sich verhindern, dass durch Sanierungsbedürfnisse und Umdispositionen der übrigen Notsiedlungen neue Engpässe aufkommen?
4. Wie können sich Immobilien Basel-Stadt, bis 1993 verantwortlich für rund 1000 soziale Kommunalwohnungen, zusammen mit anderen Grossvermietern an der Aufgabe beteiligen, für Haushalte mit reduzierten Chancen auf dem Wohnungsmarkt geeignete Angebote bereitzuhalten?
5. Wie kann verhindert werden, dass im Zuge von Wohnsanierungen mit ihren Teuerungseffekten zusätzliche Notsituationen begründet werden?

Jürg Meyer

**c) Schriftliche Anfrage betreffend gefährlicher Fussgängerstreifen  
Grenzacherstrasse**

08.5082.01

Anlässlich der Schaffung des Fussgängerstreifens an der Grenzacherstrasse Nähe Kreuzung Peter Rot-Strasse (im Jahre 2002) hat sich der Anfrager über Ausgestaltung und Platzierung gewundert: In Fahrtrichtung Schwarzwaldallee – Peter Rot-Strasse waren Fussgänger, welche die Strasse in Fahrtrichtung gesehen von links nach rechts überqueren, erst kurz vor Betreten des relevanten Fahrstreifens gut zu sehen.

Gemäss Abklärungen beim TCS waren sich offenbar auch Fachleute der potentiellen Gefährlichkeit bewusst, denn es sei eine Überprüfung angeordnet worden. In der Folge sind denn auch marginale Verbesserungen vorgenommen worden.

Allerdings ist am 26.2.08 ein folgenschwerer Unfall passiert (Zitat onlinereports.ch):

„Schwere Verletzungen erlitt gestern Dienstagabend in Basel eine Frau, als sie von einem Motorrad auf einem Fussgängerstreifen angefahren wurde. Um 18.25 Uhr fuhr ein Motorradfahrer von der Schwarzwaldstrasse her durch die Grenzacherstrasse in Richtung Peter Rot-Strasse. Auf der Höhe der Hoffmann-La Roche stiess er heftig mit einer Fussgängerin zusammen, die den dortigen Fussgängerstreifen überquerte. Die Fussgängerin musste mit schweren Verletzungen ins Spital eingeliefert werden. Der Motorradfahrer kam zu Fall. Er zog sich bei diesem Sturz keine Verletzungen zu.“

Der Anfrager bittet die Regierung daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass der erwähnte Fussgängerstreifen Thema einer vertieften Abklärung bezüglich Sicherheit war?
2. Falls ja: welches waren die Ergebnisse dieser Überprüfung? Falls nein: ist die Regierung bereit, aufgrund des Vorfalles eine solche Überprüfung vornehmen zu lassen?
3. Zu welchem Resultat haben die Untersuchungen des erwähnten Unfalls von Ende Februar 2008 geführt?
4. Ist die Regierung bereit, Platzierung und/oder Gestaltung dieses Fussgängerstreifens nochmals zu überdenken?

Patrick Hafner

**d) Schriftliche Anfrage betreffend Zulassung von Jet-Skis auf Schweizer  
Gewässern**

08.5084.01

Das Bundesamt für Verkehr hat im Auftrag des Bundesrates die Binnenschiffahrtsverordnung dahingehend angepasst, dass Jet-Skis, welche bis anhin verboten waren, in Zukunft auf Schweizer Gewässern zugelassen werden können.

In der angepassten Verordnung gelten Jet-Skis nicht mehr als Vergnügungsschiffe sondern als Sportboote. Die Leistung der Sportboote unterliegt - im Gegensatz zu den Vergnügungsschiffen - keinen Grenzen. Der Hersteller muss definieren, welche Leistung sein Produkt verträgt.

Die Änderung in der Binnenschiffahrtsverordnung wurde in die Vernehmlassung geschickt. Wie der NZZ vom 7. März 2008 zu entnehmen war, haben sich diverse Kantone, so z. B. Neuenburg, Zürich, Thurgau, Bern, in ihren Vernehmlassungen ganz klar gegen eine Zulassung von Jet-Skis auf ihren Gewässern ausgesprochen.

Jet-Skis verpesten unnötig Luft und Gewässer und belästigen mit ihrem höllischen Lärm Mensch und Tier. Sie sind ein unnötiges Spielzeug mehr in unserer übermotorisierten Welt und von keinerlei Nutzen für Mensch und Natur.

Ich möchte gerne von der Regierung wissen: Bleibt das Jet-Ski-Verbot im Kanton Basel-Stadt auf dem Rhein auch nach einer Änderung der Binnenschiffahrtsverordnung weiterhin bestehen?

Brigitte Heilbronner-Uehlinger